

Synopse Juso-WK-Forderungen / Programmentwurf

Änderungen aus dem Parteivorstand und der Antragskommission sind **fett** markiert

Juso-Forderung	Entwurf Regierungsprogramm	Einschätzung	Zeile AB
Zukunftsinvestitionsoffensive			
mehr Geld für Bildung	<p>Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern.</p> <p>Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die Qualität von Kitas mit Unterstützung des Bundes steigern. Wir brauchen besser ausgestattete Kitas und eine gesunde Ernährung. Mit zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern können die Kinder in den Gruppen besser betreut werden.</p> <p>Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen! Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Damit der Bund hier seinen Beitrag leisten kann, wollen wir eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbots.</p> <p>Wir werden das Schulsanierungsprogramm des Bundes zu einem Schulmodernisierungsprogramm weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgestattete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung mit digitaler Technik.</p> <p>Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem</p>	✓	<p>254</p> <p>263</p> <p>426</p> <p>428</p> <p>444</p> <p>449</p>

	<p>ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen.</p> <p>Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams aus Lehrern, Sozialarbeitern und Erziehern.</p>		
Investitionen in Verkehrsinfrastruktur	<p>Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen. Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und für den Erhalt, den Ausbau und die barrierefreie Modernisierung des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen. Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht ausstatten.</p> <p>Die Deutsche Bahn muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen. Dazu werden wir in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren.</p> <p>Wir wollen, dass mehr Güter über die Schiene und über das Wasser transportiert werden, um die Straßen und die Umwelt zu entlasten. Deshalb werden wir die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs verbessern und die Binnenschifffahrt als umweltfreundlichere Alternative zum LKW fördern.</p>	✓	<p>2728</p> <p>2797</p> <p>2839</p>
Flächendeckender Breitbandausbau und Netzneutralität	Die Versorgung mit einer Datengeschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, soll nur ein erster Zwischenschritt bis 2018 sein. Unser Ziel sind Gigabitnetze. Bis 2025 sollen mehr als	✓	1961

	<p>90 Prozent aller Gebäude daran angeschlossen sein. Die hierfür notwendigen Investitionen werden wir fördern.</p> <p>Wir wollen die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang zu Datennetzen. Diese Netzneutralität ist entscheidend für das offene und freie Internet sowie für fairen Wettbewerb.</p>		1979
<p>Bezahlbaren Wohnraum schaffen, mehr Studi- und Azubiwohnheime</p>	<p>Wir haben die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und werden dies aufgrund des steigenden Bedarfs nach Sozialwohnungen weiter fortsetzen. Wir werden den sozialen Wohnungsbau und die Stadtentwicklungspolitik auch nach 2019 in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortsetzen.</p>	<p>+ Sozialen Wohnungsbau weiter ausbauen</p> <p>+ Bekenntnis zu mehr öffentlichem Wohnraum</p>	2568
	<p>Wir setzen uns für mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum ein.</p>	<p>+ Schärfung Mietpreisbremse angestrebt</p>	2578
	<p>Wir werden deshalb die Mietpreisbremse weiter verbessern: Durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter stärken wir die Stellung der Mieter. Stellt sich heraus, dass der Vermieter für seine Wohnung mehr verlangt hat, als er darf, können die Mieterinnen und Mieter künftig die gesamte zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.</p>	<p>+ Bekenntnis zu mehr studentischem Wohnen</p> <p>+/- neue Formulierung zu steigendem Bedarf von Sozialwohnungen jetzt deutlicher, könnte aber noch offensiver sein</p>	2533
	<p>Wir werden die zulässige Mieterhöhung nach einer Modernisierung begrenzen.</p>	<p>- weitere denkbare Maßnahmen für durchgreifende Mietpreisbremse fehlen</p>	2549
	<p>Wir wollen die Höhe des Wohngeldes regelmäßig anpassen, um zu verhindern, dass Menschen aus ihrem vertrauten Stadtteil wegziehen müssen.</p>	<p>+ Azubiwohnheime neu im Bereich Jugend aufgenommen</p>	2559
	<p>Wir werden im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes die Studienberatung und Betreuung verbessern, die Mensen ausbauen sowie die Sanierung und den Neubau für</p>		888

	studentisches Wohnen vorantreiben. Die Studierendenwerke sind wichtige Partner, um diese Ziele zu erreichen.		
Mehr Steuergerechtigkeit			
Abgeltungssteuer abschaffen	Einkommen aus Arbeit und Kapital werden wir wieder gleich besteuern, indem wir die Abgeltungssteuer abschaffen.	✓	2402
Vermögenssteuer einführen	-	- nicht im Steuerkonzept enthalten	
Steuerflucht bekämpfen	<p>Steuerbetrug, Steuervermeidung und Geldwäsche werden wir daher hart bekämpfen. In Deutschland wollen wir einen gerechten Steuervollzug – von der Steuererhebung bis zur Steuerprüfung. Wir wollen, dass alle Bundesländer ihre Steuerfahndungen und Betriebsprüfungen personell vernünftig aufstellen, um ihren gesetzlichen Auftrag effektiv wahrnehmen zu können.</p> <p>Wir akzeptieren keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas. Deshalb wollen wir eine europäische Angleichung der Unternehmensbesteuerung. Mit der Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage und von Mindeststeuersätzen werden wir fairen Wettbewerb sichern.</p> <p>Die Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie vollständig umsetzen.</p> <p>Mehr Wachstum und Investitionen in Europa setzen solide Einnahmen voraus. Deshalb muss Europa endlich Schritte zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs in Europa auf den Weg bringen. Europa braucht Instrumente, um Steuervermeidung und Steuerbetrug effektiv zu bekämpfen. Wir wollen durchsetzen, dass Unternehmen dort ihre Steuern bezahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Wir wollen die Möglichkeiten von Unternehmen systematisch einschränken, ihre steuerpflichtigen Gewinne in andere Länder zu verschieben.</p>	✓	<p>2442</p> <p>2458</p> <p>2478</p> <p>5124</p>

Spitzensteuersatz anheben	<p><i>Darüber hinaus planen wir eine gerechtere Einkommenssteuer, die viele Menschen entlastet und aufkommensneutral ist. Der aktuelle Steuersatz in Höhe von 42 Prozent setzt heute bereits bei 54.000 Euro zu versteuerndem Einkommen bei Singles an. Wir erheben diesen Steuersatz künftig bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen. Dies entlastet viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um zusätzliche fast zwei Milliarden Euro. Um dies finanzieren zu können, möchten wir den Spitzensteuersatz linear-progressiv auf 45 Prozent anheben, der dann ab 76.200 Euro zu versteuerndem Einkommen für Singles / 152.400 Euro für Ehepaare fällig wird.</i></p>	<p><i>Nicht im Wahlprogramm enthalten, Passage im separaten Steuerpapier</i></p> <p>✓</p>	Steuerpapier
gerechte Erbschaftssteuer	<p>Große Erbschaften werden wir stärker besteuern. Dafür wollen wir eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen, damit nicht das normale Haus der Eltern oder Großeltern betroffen ist.</p> <p><i>Wir werden sehr große Erbschaften höher besteuern. Mit einer umfassenderen Erbschaftsteuerreform mit weniger Ausnahmen stellen wir sicher, dass endlich mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Erbschaften realisiert wird. Es ist uns bei der zurückliegenden Reform gelungen, zu vermeiden, dass auch sehr große Erbschaften gar nicht mehr besteuert werden. Die Union hat allerdings verhindert, dass wir hier schon zu ausgewogener Gerechtigkeit gekommen sind. Wir konnten nicht alle unsere Vorschläge durchsetzen. Wir werden diese in der neuen Bundesregierung aufgreifen.</i></p>	<p>✓</p> <p><i>Ergänzende Passage aus dem Steuerpapier</i></p>	2404 Steuerpapier
Finanztransaktions-steuer	<p>Wir wollen eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die so genannte Finanztransaktionssteuer, mit einer breiten Bemessungsgrundlage und mit einfachen Steuersätzen. Diese Steuer wollen wir gemeinsam mit anderen EU-Staaten einführen.</p>		2408
Kinder- und Jugendarmut bekämpfen			

Kindergrundsicherung	Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.	- Systemwechsel hin zur Kindergrundsicherung wird nicht angestrebt	2384
bedarfsorientiertes Kindergeld	Armut von Kindern werden wir bekämpfen. Besonders Familien mit drei und mehr Kindern stehen vor finanziellen und organisatorischen Herausforderungen. Um sie besser zu unterstützen, wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen und das Kindergeld mit dem Kinderzuschlag zusammenführen.	✓	2384
Kinderarmut bekämpfen	Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch: Schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport – und damit schlechtere Zukunftschancen. Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarktbeteiligung und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.	✓	276
Abschaffung ALG-II-Sanktionen, insbesondere Sondersanktionen U25	Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen.	+ Abschaffung U25-Sanktionen soll erfolgen - grundsätzliche Sanktionsfreiheit wird nicht angestrebt	1325
Ausbildung besser machen			

<p>BBIG reformieren für mehr Ausbildungsqualität</p>	<p>Wir brauchen eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0, um mit Veränderungen wie der Digitalisierung Schritt zu halten. Dafür muss das Berufsbildungsgesetz weiterentwickelt werden. Eine Schlüsselrolle haben hier die betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbilder. Eine regelmäßige Weiterbildung muss Standard sein. Dies schließt eine zusätzliche Qualifizierung für die Ausbildung lernbehinderter Menschen ein.</p> <p>Wir werden das Berufsbildungsgesetz novellieren und hier einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität legen. Eine Freistellung für Berufsschulstage muss für Auszubildende unabhängig vom Alter gelten.</p> <p>Duale Studiengänge sind eine gelungene Form, berufliche und akademische Bildung miteinander zu verbinden. Wir werden sie bundesweit vergleichbarer machen und gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen Qualitätskriterien definieren. Die Praxisphasen der dualen Studiengänge werden wir im Berufsbildungsgesetz regeln.</p>	<p>+ BBIG-Novelle soll kommen</p> <p>+ Freistellung für Berufsschulstage und Regelung Dualer Studiengänge im BBIG konnten ergänzt werden</p>	<p>755</p> <p>744</p> <p>772</p>
<p>Ausbildungsplatzgarantie</p>	<p>Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ von Wirtschaft, Gewerkschaft, Bund und Ländern werden wir fortführen. Mit einer Ausbildungsplatzgarantie wollen wir allen Jugendlichen die Möglichkeit einer vollwertigen Berufsausbildung geben. Der betriebliche Ausbildungsplatz steht dabei im Mittelpunkt.</p>	<p>✓</p>	<p>701</p>
<p>Übernahmegarantie</p>	<p>Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig eine Ankündigungsfrist einhalten, wenn sie Auszubildende nach ihrem Abschluss nicht übernehmen wollen.</p>	<p>+ zumindest die Ankündigungsfrist wird angestrebt, dies trifft auf Zustimmung der Gewerkschaftsjugend</p> <p>- echte Übernahmegarantie fehlt</p>	<p>741</p>
<p>Ausbildungsplatzumlage</p>	<p>Von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds wollen wir stärken.</p>	<p>+ branchenbezogene Ausbildungsfonds konnten ergänzt werden</p> <p>- keine allgemeine Umlage</p>	<p>708</p>

Mindestausbildungsvergütung in Höhe BAföG	Wer eine anspruchsvolle Ausbildung macht, soll auch angemessen bezahlt werden. Deshalb braucht es eine angemessene Mindestausbildungsvergütung. Tarifvertragliche Lösungen haben dabei Vorrang, insbesondere durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, wodurch tariflich geregelte Ausbildungsvergütungen für alle gelten.	+ Mindestausbildungsvergütung soll kommen - keine Festlegung auf konkrete Höhe	735
Sachgrundlose Befristung abschaffen	Deshalb werden wir die sachgrundlose Befristung abschaffen, um insbesondere jungen Menschen Perspektiven und mehr Planbarkeit für ihr berufliches und privates Leben zu ermöglichen. Die Sachgründe für Befristungen werden wir einschränken und die Möglichkeit von Kettenbefristungen begrenzen. Den öffentlichen Arbeitgebern kommt hier eine besondere Verantwortung zu.	✓	925
Schulgelder abschaffen	Künftig soll aus der vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. Dadurch machen wir sie nicht nur gebührenfrei, sondern schaffen zudem eine Ausbildungsvergütung! [Gesundheitsberufe] Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-/Technikerprüfung.	✓	1158 170
Arbeit			
Ausnahmen Mindestlohn U18 und Langzeitarbeitslose abschaffen	Die Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss auch regulär bezahlt werden. Die Ausnahmen für die U-18-jährige werden wir auf ihre Auswirkungen evaluieren.	+ Ausnahmen Langzeitarbeitslose sollen weg + Evaluierung der U18-Ausnahme konnte ergänzt werden - nach wie vor kein klares Bekenntnis zur Abschaffung U18-Ausnahme	955
Flexible Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 26 bis 36 Wochenstunden arbeiten. Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt.	✓	221

	<p>Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende sowie Regenbogenfamilien das Familiengeld erhalten.</p> <p>Wir führen die Familienarbeitszeit für Pflegende ein. So ermöglichen wir Menschen, die Familienmitglieder pflegen, eine Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung: Pflegende Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren und erhalten in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung, die sich in Höhe und Umfang am Elterngeld orientiert. Wer aufgrund der Pflege von Angehörigen seine Arbeitszeit darüber hinaus länger verringern möchte, erhält das Familiengeld für Pflege.</p> <p>Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen</p> <p>Ein wichtiger Baustein ist hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren. Vor allem Frauen sind von der sogenannten Teilzeitfalle betroffen.</p> <p>Wir wollen daher prüfen, ob und wie Langzeitkonten betriebsübergreifend organisiert werden können.</p>		<p>554</p> <p>996</p> <p>1007</p> <p>1021</p>
<p>Neue Arbeitsmodelle wie crowdworking sozial absichern</p>	<p>Unterschiedliche Erwerbsphasen, wie verringerte Arbeitszeit während der Kindererziehung oder unterschiedliche Erwerbsformen wie Solo-Selbständigkeit, werden wir absichern. [Rente]</p>	<p>✓</p>	<p>2268</p> <p>2305</p>

	Die gesetzliche Krankenversicherung machen wir für Selbständige mit geringem Einkommen günstiger. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge für Selbständige einkommensabhängig ausgestalten und so die Beiträge bei geringen Einkommen senken. Wir wollen für Selbständige in Zukunft eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung. [...] Für Selbständige, die sich in der Arbeitslosenversicherung versichern, sollen künftig ebenfalls einkommensbezogene Beiträge erhoben werden.		
Bildung			
Kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule	<p>Unsere Bildungspolitik schafft gleiche Chancen für alle. Denn noch entscheidet hier zu oft der Geldbeutel der Eltern. Deshalb machen wir die Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister-/Technikerprüfung.</p> <p>Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.</p>	✓	168 250
Erhöhung für ein bedarfsdeckendes BAföG	Wir werden daher die Leistungen verbessern, die Förderung stärker auf neue Lebenssituationen ausrichten und das BAföG an die vielfältigen Bildungswege anpassen.	+ grundsätzliches Bekenntnis - Konkretisierung notwendig	900
eltern- und altersunabhängiges BAföG	Das Studierenden-BAföG soll durch höhere Einkommensgrenzen weiter geöffnet werden. Die Altersgrenzen werden wir deutlich anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen. Wir werden die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach „BAföG-Plus“ stellen.	+ höhere Einkommensgrenzen und Altersgrenzen weiten EmpfängerInnenkreis aus + „deutlich“ anheben konnte durch Jusos und Juso-HSGen durchgesetzt werden um klarzustellen, dass es hier nicht um kosmetische Änderungen geht	907

		- weder Elternunabhängigkeit noch Altersunabhängigkeit werden angestrebt	
Gebührenfreier Meister und Reform Meister-BAföG	Wir werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gebühren für Techniker-, Meister- und Fachwirkurse abschaffen. Und wer den Meisterbrief hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden können.	✓	785
Mehr Freiräume			
Weniger Zeit- und Leistungsdruck für Schüler und freier Nachmittag	Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Ehrenamtliches Engagement der Schüler werden wir fördern. Auch an Ganztagschulen brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume.	✓	452
Bessere Möglichkeiten für Teilzeitstudium	Die Altersgrenzen werden wir deutlich anheben und flexiblere Förderansprüche schaffen – zum Beispiel für Teilzeitstudien und Weiterbildungs-Master. Soziales und politisches Engagement wollen wir stärker bei der Förderung berücksichtigen.	+ bessere Förderung - notwendige Rahmenbedingungen finden keine Erwähnung	908
Besser Unterstützung der Jugendarbeit und feste Stellen	Orte der Kinder- und Jugendarbeit gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im Bundeshaushalt weiter erhöhen.	✓	403
ÖPNV			
Massiver Ausbau	Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) werden wir noch attraktiver machen. Für den Erhalt und den Ausbau unserer kommunalen Straßen und für den Erhalt, den Ausbau und die barrierefreie Modernisierung des ÖPNV werden wir die Finanzhilfen des Bundes weiter zur Verfügung stellen und an den steigenden Bedarf anpassen. Gleichzeitig erwarten wir von den Ländern, dass auch sie ab 2019 den ÖPNV mit zweckgebundenen Mitteln bedarfsgerecht ausstatten. Wir werden neue Mobilitätskonzepte wie Carsharing weiter fördern und mit mehr Modellprojekten das Verkehrsangebot im	✓ + Konkretisierung des Ursprungstextes vorgenommen	2730 2746

	<p>ländlichen Raum stärken. Gute Beispiele dafür sind Ruf- und Bürgerbusse.</p> <p>Die Deutsche Bahn muss im Interesse der Kundinnen und Kunden geführt werden. Für uns steht dabei nicht die Maximierung des Gewinns, sondern die Maximierung des Schienenverkehrs in Deutschland im Vordergrund. Mit einem Schienenpakt von Politik und Wirtschaft wollen wir bis 2030 dafür sorgen, dass doppelt so viele Kundinnen und Kunden wie heute die Bahn nutzen. Dazu werden wir in allen Großstädten und wichtigen Mittelzentren im Stundentakt optimale Möglichkeiten zum Umsteigen schaffen. Den dafür notwendigen „Deutschlandtakt“-Fahrplan werden wir zügig vorlegen und die Schienenwege werden wir modernisieren.</p>		2797
Studi- und Azubitickets	-	- finden im Entwurf keine Erwähnung	
Junge Familien unterstützen			
Kitagebühren abschaffen	<p>Die Kita-Gebühren schaffen wir schrittweise ab und entlasten damit alle Familien, die jetzt noch für die Betreuung zahlen müssen.</p> <p>Niemand darf wegen seiner Einwanderungsgeschichte oder seines kulturellen oder religiösen Hintergrundes schlechtere Chancen haben. Das heißt auch: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita ermöglicht werden.</p>	✓	250 4393
Ausbau Kitaplätze	<p>Außerdem werden wir in Bildung und Betreuung am Nachmittag investieren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen – mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Ziel muss es dabei sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote zu anderen Tageszeiten als bisher zu verbessern.</p> <p>Mit einem bundesweiten Gesetz werden wir die Qualität von Kitas mit Unterstützung des Bundes steigern.</p>	<p>✓</p> <p>+ Ergänzung zu „Randzeiten“ wurde aufgenommen</p>	254 263

Diskriminierung bekämpfen, Gleichstellung verwirklichen			
Gleicher Lohn für Männer und Frauen	<p>In einem zweiten Schritt wollen wir das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln. Männer und Frauen sollen gleich behandelt und vertraglich gleich gestellt werden. Wir werden dabei Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben einbeziehen. Denn hier sind die meisten Frauen beschäftigt. Wir werden die Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche verbessern. Wir wollen außerdem verpflichtende Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten einführen.</p> <p>Daneben werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern die sozialen Berufe aufwerten, in denen vor allem Frauen arbeiten. Dazu zählen die Berufsfelder Gesundheit, Pflege, Betreuung und frühkindliche Bildung. Wir wollen die verschulden Berufe möglichst bald in das duale System mit Ausbildungsvergütung und Schulgeldfreiheit bzw. in duale Studiengänge überführen.</p>	<p>✓</p> <p>+ Festlegung auf Entgeltgleichheitsgesetz und weitere Konkretisierungen ergänzt</p>	<p>4109</p> <p>4100</p>
Gleiche Karrierechancen für Frauen	<p>Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern und ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Sozialversicherungen und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen. Darüber hinaus wollen wir mit einem Gleichstellungsgesetz die Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen in der Privatwirtschaft verbessern. Das ist auch im Interesse der Unternehmen, die auf Kompetenz und Vielfalt in den Führungsebenen angewiesen sind. Die Übernahme von Führungsaufgaben auch in Teilzeit muss selbstverständlicher werden.</p> <p>Wir motivieren junge Menschen, Berufe zu ergreifen, die nicht den hergebrachten Geschlechterklischees entsprechen. [...] Dazu fördern wir frühzeitige Informationen in den Schulen sowie eine Berufs- und Studienberatung, die Mädchen und Jungen die Vielfalt der Berufe und ihre Zukunftsperspektiven aufzeigt.</p>	<p>✓</p>	<p>4158</p> <p>4120</p> <p>818</p>

	Wir setzen uns für einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Führungspositionen in der Wissenschaft ein. Deshalb wollen wir eine verbindliche Quote für alle direkt personalwirksamen Maßnahmen des Bundes.		
Aufteilung Elternzeit und modernes Partnerschaftsrecht	<p>Wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, erhalten sie das Familiengeld. Es beträgt jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern, wenn sie jeweils 26 bis 36 Wochenstunden arbeiten. Und es wird bis zu 24 Monate gezahlt. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich eine gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können. Natürlich werden auch Allein- oder getrennt Erziehende sowie Regenbogenfamilien das Familiengeld erhalten.</p> <p>Wir wollen ein modernes Familienrecht, das die Vielfalt von Familien widerspiegelt. Familien mit verheirateten, unverheirateten oder gleichgeschlechtlichen Paaren; getrennt, gemeinsam oder allein Erziehende; Stieffamilien, Regenbogenfamilien, Patchworkfamilien oder Pflegefamilien. Wir sorgen für Klarheit in all diesen Konstellationen, indem Rechte und Pflichten eindeutig definiert werden. Das Wohl der Kinder muss dabei immer im Mittelpunkt stehen.</p> <p>Wir werden künftig Kinder stärker unterstützen. Ein neuer Familientarif soll das alte Ehegattensplitting ersetzen und auf die Förderung von Kindern ausgerichtet sein. Das gilt für Verheiratete wie unverheiratete Eltern mit Kindern. Partner in heute schon bestehenden Ehen sollen wählen können, ob sie das alte Splittingsystem behalten oder in den neuen Familientarif wechseln wollen. Alleinerziehende mit kleinem Einkommen werden damit gezielt gestärkt. Denn Alleinerziehende haben in Deutschland das höchste Armutsrisiko.</p>	<p>+ neues Instrument Familienarbeitszeit</p> <p>+ klare Zusage Modernisierung Familienrecht</p> <p>+/- Familientarif mindert Privilegierung der Ehe ab</p> <p>+ Klarstellung zu Regenbogenfamilien aufgenommen</p> <p>- verpflichtende 50/50-Regelung Elternzeit wird nicht angestrebt</p>	<p>221</p> <p>4257</p> <p>2373</p>
Ehe für Alle und Adoptionsrecht	Wir werden daher die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und wollen die Ehe für alle. Das schließt das Adoptionsrecht ausdrücklich mit ein.	✓	4254
Anonyme Bewerbungsverfahren	In unserem Land haben rund 20 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Wir wollen, dass sich das auch in der	✓	

	<p>Zusammensetzung des Öffentlichen Dienstes niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen wollen, insbesondere in der Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe.</p> <p>Bei Bewerbungen kommt es zu unbewussten Diskriminierungen, etwa aufgrund des Geschlechts, Aussehens, Alters oder eines Migrationshintergrundes. Anonymisierte Bewerbungen sind ein Weg, um Fairness im Bewerbungsverfahren herzustellen.</p>	<p>+ Ergänzung „anonymisierte Bewerbungsverfahren“</p> <p>+ klares Bekenntnis zu gleichen Chancen unabhängig von Herkunft</p> <p>+ Vorreiterrolle Öffentlicher Dienst wird angestrebt</p>	<p>4454</p> <p>4230</p>
Einwanderungsgesetz	<p>Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen.</p> <p>Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln, um mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht zu schaffen. Wir prüfen die Möglichkeit, ob ein Wechsel von Asylsuchenden in das arbeitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar ist.</p>	<p>+ Einwanderungsgesetz als Bekenntnis zum Einwanderungsland und um mehr Zugänge zu schaffen</p> <p>+ Regelung zur Chancengleichheit von Männern und Frauen konnte durchgesetzt werden</p> <p>+ Wechsel Asylsuchender zu anderen Aufenthaltstiteln wird nicht mehr grundsätzlich ausgeschlossen</p> <p>- insgesamt zu stark an ökonomischen Kriterien orientiert</p>	<p>3838</p> <p>3857</p>
Mehr Integrationsmöglichkeiten für Asylsuchende schaffen	<p>Wir haben dafür gesorgt, dass Schutzsuchende, die sich in einer dualen Ausbildung befinden, diese unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens beenden und sich danach auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewerben können (3+2-Regelung). Wir werden dafür sorgen, dass diese auch für Ausbildungsbetriebe wichtige Regelung mit Leben erfüllt</p>	<p>+ Bekenntnis, Gesetzeslage 3+2 im Regierungshandeln mit Nachdruck durchzusetzen</p> <p>+ Analoge Regelung für Studierende wird angestrebt</p>	<p>4445</p>

	wird. Darüber hinaus prüfen wir eine analoge Regelung für aktiv Studierende.		
Solidarisches Europa			
Wahrung Asylrecht und gemeinsame europäische Verantwortung	<p>Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben.</p> <p>In der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der Europäischen Union. Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Wir werden es so weiter entwickeln, dass es den aktuellen Anforderungen gerecht wird.</p> <p>Wir wollen daher das Mandat und die Arbeit von Frontex, der europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, stärken. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden.</p>	<p>+ Bekenntnis vorhanden</p> <p>+ Ziel gemeinsame europäische Verantwortung wird aufrecht erhalten</p> <p>+ Grundsatz non-refoulement konnte klarstellend ergänzt werden</p> <p>- Kapitel Sicherheit enthält im Wesentlichen Fortschreibung GroKo-Asylpolitik</p> <p>- law-and-order-Rhetorik mit Offenheit für weitere Verschärfungen im Kapitel Sicherheit</p>	<p>3647</p> <p>3686</p> <p>3714</p>
Investitionen statt Austeritätspolitik	<p>Wir wollen Europa aus der Wachstumsschwäche herausführen, indem wir die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents verbessern und die viel zu hohe Arbeitslosigkeit vor allem in Süd- und Westeuropa bekämpfen. Wir wollen mehr Anreize für private Investitionen schaffen. Deshalb brauchen wir ein breit angelegtes europäisches Investitionsprogramm: Mit Zukunftsinvestitionen in die grenzüberschreitenden europäischen Verkehrs- und Energienetze, in den Aufbau der modernsten Infrastruktur der Welt für schnelles Internet (europäisches Gigabit-Netz), in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.</p>	<p>+ Grundrichtung mehr Investitionen für Wachstum als Zielbestimmung</p> <p>+ explizites Ziel Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit mit Instrument Jugendbeschäftigungsfonds</p> <p>+/- Priorisierung privater Investitionen konnte durch Formulierung zum europäischen Investitionsprogramm abgemildert werden</p>	<p>4958</p> <p>4992</p>

	Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem permanenten Jugendbeschäftigungsfonds bündeln.	- Strukturanpassungen und mehr Investitionen stehen gleichwertig nebeneinander, klares Bekenntnis zu Umkehr fehlt	
Gemeinsame Sozialstandards	Unser übergeordnetes Ziel ist die Stärkung der sozialen Grundrechte: Durch ein soziales Fortschrittsprotokoll, verankert im europäischen Primärrecht , wollen wir festschreiben, dass soziale Rechte gleichrangig sind gegenüber den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Zudem wollen wir wirksame EU- Regeln gegen Sozialdumping, insbesondere bei der Vergabe von Unteraufträgen, bei Briefkastenfirmen, bei vorgetäuschter Entsendung von Arbeitskräften und bei Scheinselbständigkeit.	✓ + Klarstellung zum europäischen Primärrecht unterstreicht Stellenwert der Forderung	5018
Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	Die junge Generation ist unsere gemeinsame Zukunft. Wir wollen deshalb die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit deutlich aufstocken und in einem permanenten Jugendbeschäftigungsfonds bündeln.	✓	4992
Proeuropäische Haltung der jungen Generation fördern	Wir wollen den europäischen Freiwilligendienst und die Austauschprogramme der EU wie Erasmus+ ausbauen. Und wir brauchen ein Europäisches Mobilitätsprogramm, aus dem junge Menschen unterstützt werden können, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz aufnehmen möchten.	✓	4996
Demokratie und Jugend			
Wahlalter 16	Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken. Auch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stärkt unsere Demokratie. Wir wollen die politische Bildung als Angebot für alle ausbauen und stärken.	✓ + Wahlen EU-Parlament konnten ergänzt werden	390 3920
Wahlrecht für „Drittstaatsangehörige“	Wir setzen uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene.	✓	3918

<p>Politik für junge Menschen</p>	<p>Politik für junge Menschen:</p> <p>Eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet für uns, verschiedene Politikfelder schlüssig miteinander zu verbinden. Wir wollen deshalb in einem breiten Diskurs unsere jugendpolitische Gesamtstrategie gemeinsam mit Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden weiterentwickeln. Unser Leitbild ist dabei: Alle jungen Menschen müssen ihren eigenen Weg gehen, Freiräume haben und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Eine wichtige Grundlage für unser Handeln ist das bewährte Instrument des Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung.</p> <p>Mit einem gesetzlich verankerten „Jugend-Check“ werden wir zudem künftig alle politischen Maßnahmen auf ihre konkrete Wirkung für junge Menschen überprüfen.</p> <p>Junge Menschen brauchen vor allem ein Bildungs- und Ausbildungssystem, das optimale Förderung und individuelle Freiräume verbindet. Das heißt zum Beispiel: In Ganztagschulen muss es möglichst viele alternative Angebote geben – und gleichzeitig brauchen Jugendliche zeitliche Freiräume außerhalb von Schule. Für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung sind die frühzeitige Berufs- und Studienorientierung und, wenn nötig, eine unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung erforderlich. Diese unterstützen wir mit flächendeckenden Jugendberufsagenturen. Neben der Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen wollen wir zugleich die Qualität der dualen Ausbildung steigern, um beispielsweise die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Mit einer Mindestausbildungsvergütung (tarifliche Lösungen haben Vorrang) wollen wir Eigenständigkeit während der Ausbildung ermöglichen. In jeder Lebensphase muss es zudem finanziell möglich sein, zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu wechseln. Wir wollen daher die Leistungen des BAföG verbessern – insbesondere auch, um</p>	<p>+ in Zusammenarbeit mit dem Gesprächskreis Jugend konnte ein eigenes Jugendkapitel verankert werden, dass den Stellenwert von Politik für die junge Generation unterstreicht</p> <p>+ zweite und dritte Chancen im Bildungssystem ergänzend aufgenommen</p> <p>+ stärkere Förderung von Jugendverbänden neu im Wahlprogramm</p> <p>+ Jugendberufsagenturen neu aufgenommen</p> <p>+ Investitionen in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime sind jetzt neu im Wahlprogramm</p> <p>+ in letzter Legislatur gescheitertes Instrument Jugend-Check steht auf der Agenda für die nächste SPD-Regierungsbeteiligung</p>	<p>326</p>
-----------------------------------	--	--	------------

schon bestehende, alternative Bildungsbiographien etwa durch einen späteren Studienbeginn oder Teilzeitstudien fördern zu können.

Wir tragen Sorge dafür, dass Bildungs- und Ausbildungschancen nicht vom Wohnort der Eltern abhängen. Neben einer Ausweitung des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus wollen wir gezielt in Studierenden- und Auszubildendenwohnheime investieren, um junge Menschen bei ihren ersten Schritten außerhalb des Elternhauses zu unterstützen. Nach der Ausbildung brauchen junge Menschen sichere Zukunftsperspektiven. Deshalb wollen wir eine Ankündigungsfrist für Arbeitgeber einführen, die Auszubildende nach Ende der Ausbildung nicht übernehmen wollen. Die sachgrundlose Befristung werden wir abschaffen. Auch zweite und dritte Chancen in Schule und Berufsbildung zu eröffnen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen keinen Jugendlichen zurücklassen. Das Ende der Schulpflicht darf deshalb nicht dazu führen, dass Jugendliche keine Chance erhalten, eine Schule oder Berufsschule zu besuchen. Wir setzen auf Perspektiven durch gezielte Förderung statt auf schärfere Sanktionen für unter 25-jährige im SGB II.

Junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken.

So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.

Orte der Kinder- und Jugendarbeit gehören genauso wie Kitas und Schulen zur Grundversorgung. Deshalb werden wir sie erhalten und ausbauen. Die Jugendverbände sind ein tragender Pfeiler unserer Jugendarbeit. Wir wollen ihre finanzielle Förderung im Bundeshaushalt weiter erhöhen. Immer mehr junge Menschen zwischen Schule und Studium oder Berufseinstieg nutzen Jugendfreiwilligendienste zur eigenen Orientierung. Dort muss die Zahl der Plätze der Nachfrage entsprechend angehoben werden.

Die junge Generation gestaltet die globalisierte Welt. Wir wollen daher die internationalen Jugendfreiwilligendienste, den internationalen Jugendaustausch sowie Erasmus+ als das zentrale Bildungsprogramm der EU deutlich ausbauen – und wer sich den Austausch nicht leisten kann, den unterstützen wir.